

Beschluss
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung
vom 05.11.2024

- öffentlich -
- einstimmig angenommen -

Unterstützung des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg zur Wiederaufnahme in das Förderprogramm „Demokratie leben!“

Antragstellerin: Diana Lutz

Der Integrationsrat der Stadt Nürnberg fordert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) auf, die Entscheidung zur Ablehnung der Stadt Nürnberg für die neue Förderperiode des Programms „Demokratie leben!“ ab 2025 zu revidieren und die Stadt Nürnberg wieder in das Förderprogramm aufzunehmen. Der Integrationsrat soll hierzu in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) eine offizielle Stellungnahme an das Ministerium verfassen und diese als dringendes Anliegen vorbringen.

Begründung:

Die Stadt Nürnberg hat seit 2016 erfolgreich am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teilgenommen und war bereits zuvor Partnerin im Vorläuferprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. In dieser Zeit wurden zahlreiche wertvolle Projekte und Initiativen zur Förderung der Demokratie, zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zur Bekämpfung von Extremismus und Diskriminierung umgesetzt. Diese Maßnahmen sind für Nürnberg, eine Stadt des Friedens und der Menschenrechte, von essenzieller Bedeutung.

Die Antragstellerin hat als vom Integrationsrat bestimmtes Mitglied des Begleitausschusses von „Demokratie leben!“ gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen hervorragende Projekte gesehen und bewilligt, die das Demokratieverständnis in unserer vielfältigen Stadt gefördert haben. Besonders hervorzuheben sind die begleitenden Bildungsmaßnahmen, die den Bürgerinnen und Bürgern demokratische Werte nahegebracht und die Zivilgesellschaft gestärkt haben. Diese Initiativen sind unverzichtbar für die nachhaltige Stärkung der Demokratie in Nürnberg.

Die Entscheidung des BMFSFJ, die Stadt Nürnberg nicht für die neue Förderperiode des Programms „Demokratie leben!“ ab 2025 zu berücksichtigen, stellt einen schweren Rückschlag für die Demokratiearbeit in der Stadt dar. Wie in dem Vermerk von Frau Martina Mittenhuber, Leiterin des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg, ausgeführt, werden durch diese Entscheidung gewachsene Strukturen und Projekte gefährdet, die auf die finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Frau Mittenhuber betont, dass die Umsetzung beider Programme, „Demokratie leben!“ und dessen

Vorläuferprogramm, überaus erfolgreich verlief und ein starkes Netzwerk engagierter Akteure in der Zivilgesellschaft aufgebaut wurde. Der Wegfall der Förderung führt zu einer Auflösung dieser Strukturen, was auch in der Zivilgesellschaft auf Unverständnis stößt.

Die Absage des BMFSFJ (siehe Anlage) lautet:

„Aufgrund der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel besteht leider keine Möglichkeit, alle interessierten Träger mit ihrer Projektidee zu fördern. [...] Wir bedauern, Ihnen keine positive Mitteilung geben zu können und danken Ihnen für Ihre Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren.“

Diese pauschale Absage gefährdet zahlreiche Projekte, die von Vereinen, Schulen, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Initiativen getragen werden. In einer Stadt, die in der Vergangenheit mit gesellschaftlichen Herausforderungen wie den NSU-Morden und rechtsextremer Agitation konfrontiert war, sind solche Programme zur Stärkung der Demokratie und des Zusammenhalts wichtiger denn je. Zudem verlangt die aktuelle weltpolitische Lage – darunter der Krieg in der Ukraine und die Entwicklungen im Nahen Osten – neue Maßnahmen zur Prävention von Polarisierung und Radikalisierung.

Es ist daher von größter Bedeutung, dass der Integrationsrat in Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsbüro und AGABY eine Stellungnahme an das BMFSFJ verfasst, um die Wiederaufnahme Nürnbergs in das Programm „Demokratie leben!“ zu erwirken. Dies ist entscheidend, um die Kontinuität der Demokratiearbeit in unserer Stadt zu sichern und weiterhin innovative Bildungsprojekte zur Förderung des Demokratieverständnisses in der vielfältigen Nürnberger Stadtgesellschaft zu ermöglichen.

Anlagen:

1. Absage des BMFSFJ vom 11. Oktober 2024
2. Vermerk von Frau Martina Mittenhuber, Leiterin des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg

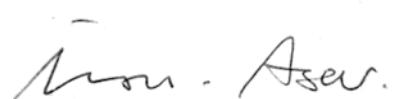
Nürnberg, 05.11.2024

Die Vorsitzende



Betül Özen

Schriftführerin



Gülay Incesu-Asar

Absage des BMFSFJ vom 11. Oktober 2024:

Guten Tag,

vielen Dank für Ihre Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren zur Auswahl von Projekten im Programmberich Partnerschaft für Demokratie des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und für Ihr Engagement, mit dem Sie unsere demokratische Zivilgesellschaft stärken und sich konsequent für Demokratie und Vielfalt sowie gegen Menschenfeindlichkeit und jede Form von Extremismus einsetzen. Alle eingegangenen Interessenbekundungen wurden formell geprüft und bei Eignung im Rahmen einer sachlichen Prüfung unter Beteiligung externer Expertinnen und Experten nach einem standardisierten Prüfkonzept begutachtet.

Aufgrund der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltssmittel besteht leider keine Möglichkeit, alle interessierten Träger mit ihrer Projektidee zu fördern. Nach sorgfältiger Prüfung und Bewertung aller eingereichten Interessenbekundungen müssen wir Ihnen leider mitteilen, dass sich Ihre Projektidee nicht durchsetzen konnte und gemäß Entscheidung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend keine Aufforderung zur Antragstellung erfolgt.

Angesichts der hohen Anzahl an eingereichten Interessenbekundungen bitten wir bereits jetzt um Ihr Verständnis, dass weder das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend noch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben konkrete Auskünfte oder Erläuterungen über die jeweiligen Entscheidungsgründe im Einzelfall geben können.

Wir bedauern, Ihnen keine positive Mitteilung geben zu können und danken Ihnen für Ihre Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren. Für Ihre weitere Arbeit wünschen wir Ihnen viel Erfolg.

Ihre Regiestelle "Demokratie leben!" - Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA)

Vermerk zur Ablehnung der Interessensbekundung der Stadt Nürnberg für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der neuen Förderperiode ab 2025 durch das BMFSFJ

Mit Überraschung und Unverständnis haben wir am 11.10.2024 durch eine Sammelmail des BMFSFJ (siehe Anlage) erfahren, dass die Interessensbekundung der Stadt Nürnberg, auch in der neuen Förderperiode ab 2025 als Partnerschaft für Demokratie am o.g. Bundesprogramm teilzunehmen, nicht berücksichtigt wurde und wir demnach keinen Förderantrag stellen können.

Zum Hintergrund

Die Stadt Nürnberg hat nicht nur am Programm Demokratie leben! seit 2016 teilgenommen, sie war bereits davor fünf Jahre lang Projektpartnerin im Vorläuferprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“.

Die Umsetzung beider Programme verlief in Nürnberg überaus erfolgreich: In einer Stadt, die von Superdiversität geprägt ist, die allerdings auch mit vielen Problemlagen in Bezug auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt (NSU-Morde, rechtsextreme Agitation in Stadt und Umland) konfrontiert war und ist, konnte dank der Mittel aus dem Bundesprogramm ein enges Netzwerk engagierter Strukturen gebildet werden. Von groß angelegten Projekten bis hin zu Mikroprojekten aus der Graswurzelszene wurde Zivilgesellschaft motiviert und aktiviert, sich mit den Themen, Demokratie, Diskriminierungsschutz und Immunisierung gegen Extremismus auseinanderzusetzen. Die Demokratiearbeit von Vereinen und Initiativen, von Schulen und Verbänden konnte gestärkt werden. Viele der geförderten Projekte konnten dank der Anschubfinanzierung durch das Programm verstetigt werden und stehen zwischenzeitlich auf eigenen Füßen, neue Projekte konnten entwickelt werden und brauchen weiterhin Unterstützung. Zudem verlangt die gesamtgesellschaftliche Entwicklung (Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten etc.) stets nach neuen Formaten zur Stabilisierung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zur Verhinderung von Polarisierung und Radikalisierung.

Viele der gewachsenen Strukturen werden sich nun auflösen, das Unverständnis auch der engagierten Zivilgesellschaft ist riesig, weil dies als Schlag ins Gesicht empfunden wird und die stetigen Rufe der Politik nach bürgerschaftlichem Engagement und Einsatz für die Demokratie konterkariert werden, indem genau diesen die finanzielle Grundlage entzogen wird.

Den Aussagen der Ministerin, die mit dem Vorstoß zu einem Demokratiefördergesetz genau dies verhindern wollte, widerspricht das in eklatanter Weise.

Zum Prozess

BMFSFJ resp. das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (Bafza) riefen im Mai 2024 zur Interessensbekundung auf, mit einer Frist von weniger als vier Wochen (22.5. – 19.6.2024). Mündlich war uns von Seiten des Bafza signalisiert worden, dass Kommunen, die bisher erfolgreich am Programm teilgenommen hatte, auch künftig mit einer Förderung rechnen könnten.

Die Absage erreichte uns nun am 11.10.24, also etwa 10 Wochen vor Jahresende. Für die Mitarbeiterinnen in der Koordinierungsstelle bedeutet dies, dass sie ihren Arbeitsplatz zum Jahresende verlieren, kaum Zeit haben, sich nach Alternativen umzusehen.

Umgekehrt aber hätte eine anderweitige Arbeitsaufnahme dazu geführt, dass bei einer Weiterführung des Programms die Koordinierungsstelle extrem kurzfristig zu besetzen gewesen wäre. Mit Planungssicherheit hat dies nichts zu tun.

Dass die Absage dann schließlich mit einer Sammelmail ohne jeglichen persönlichen Bezug verschickt wurde und gleichzeitig jeglicher Rückfrage eine Absage erteilt wurde, ist ein Zeichen geringer Wertschätzung für alle, die in den vergangenen Jahren mit Herzblut und Engagement am Bundes Programm mitgewirkt haben.

gez.

Martina Mittenhuber

Leiterin

Stadt Nürnberg
Bürgermeisteramt
Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Gleichstellungsstelle
Fünferplatz 1, 2. Stock, Zi. 211, 90403 Nürnberg

Telefon +49 (0)9 11 / 2 31-5006
E-Mail martina.mittenhuber@stadt.nuernberg.de
Internet www.menschenrechte.nuernberg.de